

# Studenten haben das Wort

## Wissenschaft selbst organisieren

Die derzeitige verschärfte Auseinandersetzung des universitären Interaktionsfeldes ist erstens zu sehen als Antwort auf die staatlichen Gewaltmaßnahmen, mit denen die Studentenschaft eingeschüchtert und kriminalisiert werden soll, als Reaktion auf Demonstrationen, Vorbegehakt, Stipendientenprotest, Vorbegehakt. Zweitens ist es unsere klare Absicht an die Hamburger Gesetzentwürfe, die wir als Versuch werten, einerseits sich das Alibi von Reformfreundlichkeit zu verschaffen (Minimalbeteiligung der Studenten in den Gremien); andererseits die Macht der Ordinarien mit anderen Mitteln aufrechtzuerhalten, die Forderungen der Konzerne zu erfüllen (Kurzstudium, einjährige Ausbildung) und endlich die Studenten selbst durch Prüfungsreform, Scheinreformen und paralleles Ordnungsrecht zu disziplinieren.

Drittens ist die neue Auseinandersetzung eine notwendige Folge der Selbstorganisation der Wissenschaft durch die Teile der Studentenschaft, initiiert durch die theoretische Vorarbeit der politisch engagierten Studentengruppen, haben sich an vielen Instituten spontan Arbeits-(Basis)-Gruppen gebildet, die ihre Ausbildung in kollektiver Arbeit selbst gestalten und in konkreter Forschung versuchen, ihre Umwelt erkennend zu verändern - etwa Untersuchungen von Gremien über Sprachmißbrauch und Manipulationstechniken in Zeitungen und Agenturen als wissenschaftliche Vorarbeit zu einer Aufklärungskampagne.

Da sich weder Verwaltung noch die Professoren bereit erklären konnten, diese Arbeit als gleichberechtigt zuzuerkennen, andererseits versuchen, diese Gruppen durch Verweigerung materieller Arbeitsvoraussetzungen (Geld, Räume) zu erledigen, konnte unsere Antwort nur materiell in Form von Streik und Institutsbesetzungen erfolgen.

Die Obrigkeit reagierte darauf, wie bekannt, mit der Besetzung und Schließung des Phil-Trunks; setzte Polizeierreger gegen freie Wissenschaft. Mit dieser Modellvorführung bewies sie schlagend, wie ernst es ihr mit der Autonomie der Uni ist.

Seit knapp drei Wochen haben die Studenten der Hamburger Universität, an der sich die Krise verschärfte, einen weit links stehenden neuen ASIA. Seine beiden Vorsitzenden gehören der HSU (Humanistische Studenten-Union) und dem SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) an. Sie stützen sich auf die absolute Mehrheit der Linksgruppen im neugewählten Studenten-Parlament (Wahlbeteiligung 46 Prozent). Im Interesse freier Meinungsbildung gibt das Hamburger Abendblatt auch dem neuen ASIA Gelegenheit, sein Hochschul-Programm einer breiten Öffentlichkeit zu erläutern. Daneben bringen wir eine Stellungnahme des früheren zweiten ASIA-Vorsitzenden, Jens Litten, der für die progressive Mitte der Studentenschaft spricht.

Wir werden uns überlegen müssen, wie wir solchen Herausforderungen in Zukunft wirkungsvoller begegnen können. Jedemfalls erscheint uns heute die Alternative Gewalt oder Verhandlungen abstrakter denn je, solange sie von zweierlei abstrahiert: von den immer massiveren Disziplinierungsversuchen und Gewaltmaßnahmen der „Obrigkeit“ und von der Weigerung der Professoren, faktisch auch nur einen Fußbreit von ihren Herrschaftspositionen abzugeben und so die verbal immer wieder betonten berechtigten studentischen In-hilfenahme materiell anzuerkennen. Dies heißt heute: Befreiung der studentischen Arbeitsplätze, Anerkennung der

studentischen Arbeitsgruppen, deren räumliche und finanzielle Ausstattung, sofortige Einrichtung partizipativer Instanzkommissionen, die entscheidungsbefugt die Einzelheiten dieser Minimalforderungen in öffentlichen Situationen aushandeln.

In jedem Fall wird die studentische Selbstorganisation der Wissenschaft fortgesetzt. Die Basisgruppen haben sich dabei schon jetzt durch ihre Arbeit und Aktionen als inhaltlich und organisatorisch einzige Alternative zur versäulerten Ordinariatsuniversität erwiesen. Man wird nicht länger an ihnen vorbeigehen können. **ALSTERHAUS - PRESSEREDEAKT**

## Radikal, nicht revolutionär

Wer geglaubt haben mag, daß an den Hochschulen nach den „Osterunruhen“ und dem „Stiermarsch auf Bonn“ eine Phase der Beruhigung eingetreten würde, sieht sich gründlich getäuscht. Die Kette der Demonstrationen ist nicht abgerissen, allenfalls läßt sich feststellen, daß die Protestbewegung sich wieder in die Universität zurückverlagert hat.

Der entscheidende Grund dafür ist die Tatsache, daß der lang ausstehende Hochschulgesetzentwurf noch immer nicht verabschiedet wurde; ursprünglich wurde bis Weihnachten 1968 damit gerechnet, jetzt ist von April d. J. die Rede. Anlaß genug für eine beunruhigte Studentenschaft, die zumal glaubt, vom dem vorliegenden Entwurf herlich wenig erwarten zu dürfen, ihrem Ärger Luft zu machen.

Wie immer in solchen Situationen hat es der SDS verstanden, sich an die Spitze der Aktionen zu setzen. Derselbe SDS hat allerdings in der Vergangenheit jede sachliche Mitarbeit am Reformprogramm des ASIA vermissen lassen; von

eigenen Vorstellungen war bisher wenig zu hören...

Die jetzt im Zusammenhang mit aktiven Streiks und Institutsbesetzungen ausgegebene Parole heißt „Selbstorganisation des Studiums durch Studenten“. Im Studentenparlament gewonnen wir weiß, was er damit konkret meint. Mit bombastischem Wortgeklammer läßt sich noch kein Programm hervorzaubern, und für ein solches Konzept der Selbstorganisation fehlen sowohl die sachlichen wie personellen Voraussetzungen, damit es überhaupt die Semesterferien überdauern kann.

Kein Zweifel, die Reform führt sich nur äußerst schwerfällig vom Fleck, aber sie wird sicher nicht dadurch beschleunigt, daß man nun statt kleiner viel zu große Brötchen backt, die niemandem so recht schmecken mögen. Wird schließlich dem ASIA eine Distanzierung von Gewaltakten abgefordert, dann will er den Gewaltbegriff diskutieren. Nun, ich meine aufgetrocknete Türen, zerwühlte Aktenschränke

und eingeschlossene Fensterscheiben sprechen für sich...

Sicher billigt heute eine große studentische Mehrheit auch die Besetzung von Instituten, allerdings ohne Gewaltanwendung. Sicher ist auch, daß das Ausbleiben der Reform nicht allein Schuld der Politiker ist; denn auch ohne Gesetz hätte eine Menge bereits gesehen können. Und es ist beschämend, wenn nach einer Besetzung eine Reihe von Professoren plötzlich bereit ist, über alle anstehenden Probleme zu reden, von denen sie vorher nicht gewußt haben wollten.

Die allgemeine Radikalisierung der Studentenschaft ist eine Folge der um sich greifenden Unruhe, die auch die „grauen“ Studenten ergriffen hat. Das aber rechtfertigt nicht den Versuch, die Dinge dermaßen auf die Spitze zu treiben, daß wir schließlich alle vor einer verschlossenen Universität stehen.

Inzwischen hat sich ein Ausschuß gebildet, dem Assistenten und Studenten angehören, mit dem konkreten Ziel, die Öffnung der Philosophischen Fakultät zu erreichen. Solche Ausschüsse brauchen wir in jedem Institut, um Fragen der Prüfungsordnung, des Studienplanes, der Prüfungsordnung usw. zu klären und entsprechende Empfehlungen den jeweiligen Entscheidungsgremien zu unterbreiten. Diese Ausschüsse müssen Gehör finden, damit bei uns nicht Berlin oder Frankfurter Zustände eintreten.

Man sollte nicht den Ernst unterrechnen, mit dem Studenten ihr Reformwerk voranzutreiben versuchen. Es ist jetzt Sache der Politiker und Professoren, den guten Willen der noch vorhandenen, Gewalt verpöndenden Mehrheit nicht weiter zu strapazieren. **JENS LITTEN**

## Schamlos betutete er Studentinnen aus

Im Altonaer Bahnhof wurde gestern der 22jährige wohnungslose Maschinen-schlosser Hubert Sch. festgenommen. Er steht im Verdacht, seit Monaten seinen Lebensunterhalt durch Betrügereien bestreiten zu haben.

Sch., der sich in Studentenkreisen aufhielt, soll zahlreiche Studentinnen schamlos um Geld erleichtert haben. Eine der Betrogenen erkannte ihn gestern auf dem Altonaer Bahnhof und rief die Polizei. Geschädigte werden gegen sich beim nächsten Polizei-Revier zu melden.

# Nixon bleibt in der Berlin-Frage fest

## Testfall für Washingtons Entspannungspolitik

Springer-Auslandsteilend - dpa - ap - upl

Washington, 12. Februar Die Sowjets haben nach Ansicht höchster Stellen im Weißen Haus keinen Grund, sich der Illusion hinzugeben, daß ein Angriff auf die Freiheit West-Berlins keine Folgen haben könnte. Über die feste Haltung Washingtons sei der Krenl genauens informiert werden. Das wurde gestern noch einmal im Weißen Haus betont.

Wie verlautet, betrachtet Präsident Nixon Berlin als Testfall. Vom Verlauf der weiteren Entwicklung werde die zukünftige Entspannungspolitik der USA gegenüber der Sowjetunion abhängen.

Da man in Washington erwartet, daß der Krenl die Entspannung braucht, glaubt man nicht, daß es zu einer neuen Berlin-Krise durch das Abhalten der Bundesversammlung in West-Berlin kommt. Eine neue Phase des Kalten Krieges würde den Bistungsverlauf verstärken, statt ihn zu drosseln. Das wäre für die sowjetische Volkswirtschaft jedoch äußerst bedenklich. In Washington sieht man deshalb der weiteren politischen Entwicklung mit Gelassenheit entgegen. Ein Sprecher des Weißen Hauses bekräftigte gestern noch einmal ausdrücklich, daß Präsident Ni-

xon auf seiner Europa-Reise auf jeden Fall Berlin besuchen werde. Auch angekündigte Protestdemonstrationen von Studenten würden dieses Vorhaben nicht beeinflussen.

Dagegen äußerte der demokratische Fraktionsführer im amerikanischen Senat, Mansfield, seine Besorgnis über die Aktionen der Studenten. Dabei ging er den ungewöhnlichen Weg, in einer Erklärung die Berliner Studentenschaft um Zurückhaltung zu bitten. Er sagte: „Präsident Nixon besucht West-Berlin als Gast seiner Bevölkerung. Ich möchte hoffen, daß er mit Würde, Höflichkeit und Verständnis behandelt wird, und daß man ihm Gelegenheit gibt, seine Meinung zu sagen.“

Mansfield gilt als Gegner der Wahl des Bundespräsidenten in West-Berlin. Mansfield ist seit Jahren Befürworter einer Beschwichtigungspolitik gegenüber Moskau und hat mehrfach den Abzug der US-Truppen aus Europa gefordert.

Seine Kritik an der Bonner Politik ist kein akuter Anlaß zur Sorge, zeigt jedoch immerhin, daß die Kräfte in der amerikanischen Politik, die das weltpolitische Engagement der USA schnell und weitgehend rückgängig machen wollen, noch immer wirksam sind.

# Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene

## DGB fordert Wirtschafts- und Sozialrat

Associated Press

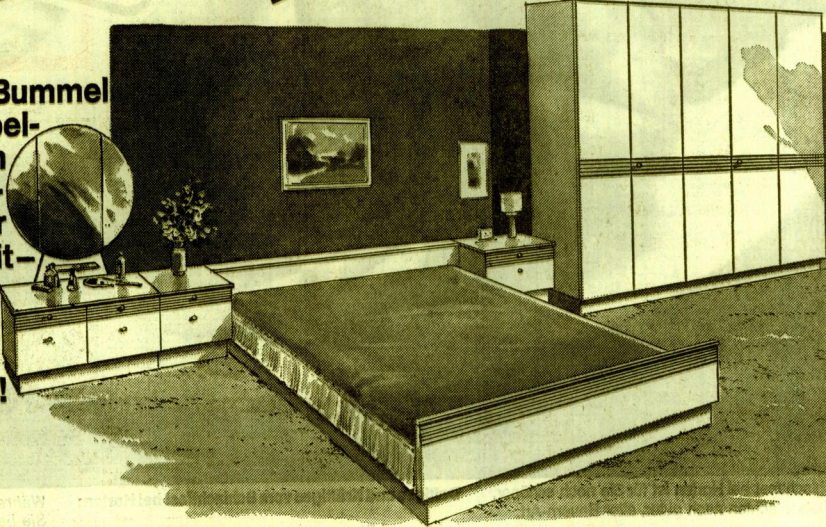
Düsseldorf, 12. Februar

Einem neuen Vorstoß in Richtung auf die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch auf überbetrieblicher Ebene hat gestern der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unternommen. Zur Verwirklichung der Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich schlug der DGB-Vorstand die Errichtung eines Wirtschafts- und Sozialrates auf Bundesebene vor. In diesem Gremium sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber partizipativ vertreten sein.

Der Rat soll nach den Vorstellungen des DGB umfassende Informations-, Beratungs- und Initiativrechte für die Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundesebene vor. In diesem Gremium sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber partizipativ vertreten sein. Die vorgeschlagenen Einrichtungen und Verfahren stellen nach Gewerkschaftsansicht weder die Unabhängigkeit von Parlament und Regierung noch die der Arbeitnehmer- oder Unternehmerorganisationen in Frage. Der DGB forderte gestern außerdem eine paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammer.



Gönnen Sie sich einen Bummel durch unsere Möbelabteilung. Sie finden alles, was unentbehrlich ist, alles für vollendete Behaglichkeit in bester Form und Qualität und besonders preisgünstig!



**Schlafzimmer Polyester-Schleifack, seidenmatt weiß, bestehend aus:**  
 1 Superhochschrank, 5türig, 225 cm br., 225 cm hoch  
 1 Doppelbett 200 x 200 cm  
 2 Nachtschränchen  
 845.- 1 Anbau-Frisco mit 3tlg. Rund-Spiegel

**ALSTERHAUS**